

# **Stadt Braunschweig**

Der Oberbürgermeister

## **Protokoll**

### **Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau**

---

**Sitzung:** Mittwoch, 08.12.2021

**Ort:** Stadthalle Braunschweig, Congress Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 20:02 Uhr

---

#### **Anwesend**

##### **Vorsitz**

Herr Detlef Kühn - SPD

##### **Mitglieder**

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Burim Mehmeti - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld – CDU *bis 17:35 Uhr*

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und DIE PARTEI

##### **weitere Mitglieder**

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten *bis 16:58 Uhr*

Herr Carsten Lehmann - FDP *bis 18:00 und ab 18:18 Uhr*

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Frau Anneke vom Hofe - AfD

##### **sachkundige Bürger**

Herr Wulf Groth - Bürgermitglied B90/GRÜNE

Frau Christiane Kraatz - Bürgermitglied B90/GRÜNE

Frau Jana Kurz - Bürgermitglied SPD

Herr Leonhard Pelster - Bürgermitglied SPD

Herr Thomas Röver - Vertr. Umweltverbände

Herr Rolf Kamphenkel - Vertr. Behindertenbeirat *bis 17:55 Uhr*

## Gäste

Herr Friedrich Metje - Seniorenrat

Herr Rasmus Bürger - Dr. Donate Acocella Stadt- und Regionalentwicklung GmbH

Herr Peter Helbig - Dr. Donata Acocella Stadt- und Regionalentwicklung GmbH

Frau Anna Bennecke - WVJ GmbH

Herr Friedrich Prem - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

## Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Wilhelm Eckermann - FBI 65

Herr Dirk Franke - RefL 0650

Herr Thomas Gekeler - FBL 68

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Michaela Springhorn -

Frau Merle Spanuth - Dez. \

Herr Carsten van de Loo - 652

Herr Hermann Mensink - 61 3

Frau Julia Matoš - 0600

Herr Corri:

**W. H. D.**

#### Summary - Page

Herr Godehard Busche - Bürgermitglied CDU entschuldigt  
Herr Hans Joachim Jäger - Bürgermitglied CDU entschuldigt

Herr Hans-Joachim Jäger - Bürgermitglied CDU entschuldigt

## **Agenda**

## **Offentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  - 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vom 13.10.2021 (öffentlicher Teil)
  - 3 Mitteilungen
    - 3.1 Kita Rautheim - energetische Betrachtung 21-17414
    - 3.2 Schaffung einer Stelle für Dachbegrünung beim FB 65 Antrag SP 230 zum Haushalt 2021 21-17324

3.3	Neubau einer 6. Integrierten Gesamtschule am Wendenring sowie Neubau der Grundschule im Westlichen Ringgebiet am Wedder- kopsweg Planungsstand, Wertungskriterien für Vergabeverfahren und Finanzierung	21-17424
3.4	Aktualisierung des Zentrenkonzeptes Einzelhandel für Braunschweig	21-17362-01
3.5	Bebauungsplan AP 25 Holwedestraße Wettbewerbsverfahren	21-16685
3.5.1	Bebauungsplan AP 25 Holwedestraße Wettbewerbsverfahren	21-16685-01
4	Anträge	
4.1	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Otto-von-Guericke-Straße 1	21-17408
4.2	Entwendung radioaktiven Materials von den atomverarbeitenden Betrieben in Thune	21-17191
4.2.1	Entwendung radioaktiven Materials von den atomverarbeitenden Betrieben in Thune	21-17191-01
5	Grundschule Melverode Herstellung einer Ganztagsinfrastruktur mit anschließender Schul- sanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	21-17374
6	Sanierung/Erweiterung des Gemeinschaftshauses Rautheim; Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	21-17027
7	Neubau Sportfunktionsgebäude für den VFL Leiferde Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	21-17378
8	Ausbau von Photovoltaikanlagen auf städtischen und privaten Dächern - Ausgestaltung einer Genossenschaft zur Förderung regenerativer Energien	21-17389
9	Beteiligung der Stadt Braunschweig am Förderprogramm "Perspektive Innenstadt!"	21-17115
10	157. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braun- schweig "Klinikum Salzdahlumer Straße"; Stadtgebiet zwischen Berufsbildenden Schulen "Heinrich-Büssing", dem Golfplatz sowie den Kleingartenanlagen "Lindenbergl" und "Südstadt" Auslegungsbeschluss	21-17234
11	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Klinikum Salzdahlumer Straße", AW 119 Stadtgebiet zwischen der Berufsbildenden Schule "Heinrich-Büs-	21-17233

sing", dem Golfplatz und den Kleingartenanlagen "Lindenberg I" und "Südstadt"  
Auslegungsbeschluss

- |      |   |             |
|------|---|-------------|
| 12   | Bebauungsplan "Volkmaroder Straße", GL 45<br>Stadtgebiet zwischen Bevenroder Straße, Pappelberg und Dibbesdorfer Straße<br>Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss,<br>Ergänzendes Verfahren gemäß § 214 (4) BauGB | 21-17019    |
| 13   | Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Einrichtung und Zusammensetzung des Sanierungsbeirats 2021 bis 2026   | 21-17173    |
| 13.1 | Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Einrichtung und Zusammensetzung des Sanierungsbeirats 2021 bis 2026   | 21-17173-02 |
| 14   | Anfragen  |             |

## Protokoll

## **Öffentlicher Teil:**

## **1. Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

## **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vom 13.10.2021 (öffentlicher Teil)**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

„Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 13.10.2021 aus der letzten Wahlperiode wird nachrichtlich zur Kenntnis genommen.“

### **3. Mitteilungen**

### **3.1. Kita Rautheim - energetische Betrachtung**

21-17414

Der Ausschuss nimmt ohne Wortbeiträge Kenntnis.

### **3.2. Schaffung einer Stelle für Dachbegrünung beim FB 65 Antrag SP 230 zum Haushalt 2021**

21-17324

Der Ausschuss nimmt ohne Wortbeiträge Kenntnis.

**3.3. Neubau einer 6. Integrierten Gesamtschule am Wendenring sowie Neubau der Grundschule im Westlichen Ringgebiet am Wedderkopsweg** 21-17424  
**Planungsstand, Wertungskriterien für Vergabeverfahren und Finanzierung**

Frau Kraatz empfindet bei den Zuschlagskriterien in der Angebotsphase das Zuschlagskriterium "Preis" mit 50 % als zu hoch gewichtet. Stadtrat Herlitschke erläutert die bereits hohen Anforderungen an Bewerbungen, z. B. beim energetischen Niveau des Baukörpers (BEG-40 Standard). Die anderen Zuschlagskriterien sollen zusätzliche Anreize bei Material, Recycling, Logistik, Energiekosten usw. bieten. Bei einer niedrigeren Gewichtung des Preises sei zu bedenken, dass gesamtstädtisch weniger Finanzmittel für andere Nachhaltigkeits-/Klimaschutzmaßnahmen verbleiben könnten. Er geht auf die 20-jährige Laufzeit des PPP-Projektes ein. Unterschiede zum Neubau der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule bei städtebaulichen Kriterien werden beleuchtet. Unter Beachtung des Ratsbeschlusses zum Antrag 20-13805 vom 14.07.2020 wird bei solchen Vorlagen künftig die klimatische Auswirkung von Beschlüssen transparent dargestellt. Herr Franke geht wunschgemäß auf Fragen zum Vergabeverfahren ein. *Eine klarstellende Grafik zum Zeitplan ist protokollarisch bei TOP 3.3 einsehbar.*

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4. Aktualisierung des Zentrenkonzeptes Einzelhandel für Braunschweig** 21-17362-01

Stadtbaurat Leuer begründet die Mitteilung und erläutert das weitere Vorgehen. Herr Helbig, Dr. Donata Acocella Stadt- und Regionalentwicklung GmbH, trägt von 15:40 Uhr bis 15:56 Uhr vor. *Die Präsentation ist protokollarisch im Bürgerinformationssystem unter TOP 3.4 einsehbar.* Herr Helbig und Stadtbaurat Leuer gehen auf Fragen und Anmerkungen der Ausschussmitglieder Mehmeti, Mundlos, Röver, Kühn, Dr. Piest und Pelster zu Logistikketten und -flächen im Stadtgebiet und auf Bedeutungen und Zielrichtungen von "Stadt der kurzen Wege" / Grundversorgung durch Nahversorgungszentren / Dorfläden / sog. oberzentrale Versorgungsfunktion ein. Wunschgemäß wird die Rolle beteiligter Akteure/Institutionen (IHK, Handelsverband Harz-Heide, Arbeitsausschuss Innenstadt, Regionalverband Großraum Braunschweig) erläutert. Auf die bevorstehende Mitteilung außerhalb von Sitzungen "21-17473 Projektabschluss Branchenübergreifende Logistik- und Mobilitätsstudie für die Innenstadt" und auf die vom Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) erarbeitete Arbeitshilfe zur Anwendung der LROP-Regelungen zur Steuerung von Einzelhandelsgroßprojekten ([www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/raumordnung\\_landesplanung/landes\\_raumordnungsprogramm/arbeitshilfe-einzelhandel-158056.html](http://www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/raumordnung_landesplanung/landes_raumordnungsprogramm/arbeitshilfe-einzelhandel-158056.html)) wird verwiesen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.5. Bebauungsplan AP 25 Holwedestraße Wettbewerbsverfahren** 21-16685

Stadtbaurat Leuer erläutert die wesentlichen Inhalte. Ratsfrau Johannes hebt die Bedeutung von sozialem Wohnraum hervor und regt mit Blick auf die nahe liegende Oker und den hohen Grundwasserspiegel die Schaffung von Pkw-Parkpaletten an. Sie bittet, zeitgemäße Kapazitäten für Fahrradabstellanlagen vorzusehen. Ratsfrau Jalyschko hebt die idealen Startbedingungen für attraktives Wohnen hervor, bittet um fortlaufende Würdigung des zivilgesellschaftlichen Engagements und regt eine autofreie/-arme Teilgestaltung an. Stadtbaurat Leuer kündigt eine Betrachtung dieser und weiterer Anregungen an. Er erklärt Offenheit, im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens über eine Quote von mehr als 20 % sozialen Wohnraum zu diskutieren. Das Auslobungsverfahren solle ein Quartierszentrum sowie kreative Ideen ermöglichen. Das denkmalgeschützte Haupteingangsgebäude werde umgestaltet, sei z. B. für gemeinschaftliche Wohnformen geeignet. Fragen zum Flächenbedarf der Dr. von Morgenstern-Schule, zur DGNB Zertifizierung (*wird geprüft*) und zu Gender-Mainstreaming

werden beantwortet. Der Wettbewerb konzentriere sich auf das Grundstück, nicht auf Umfeld- und Verkehrsgestaltung.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert auf Wunsch von Frau Kraatz den weiteren Ablauf. Nach dem Wettbewerb werde entschieden, inwieweit der erste Preis umgesetzt, geändert und konkretisiert wird. Gestalterische Maßnahmen werden Bestandteil der örtlichen Bauvorschrift im folgenden Bebauungsplanverfahren. An der Schaffung der sozialen Infrastruktur sei die städtische Hochbauverwaltung beteiligt. Nach dem Abschluss der städtischen Entwicklung des Gebietes und Gremienbeschlüssen käme zur Realisierung des Wohnungsbaus ein Grundstücksverkauf in Frage, insbesondere an eine Wohnungsbaugesellschaft oder mit einer Konzeptvergabe.

Herr Röver bittet um Biotopschutz, indem die Okerböschung unangetastet bleibe, indem ein Verzicht auf die Brücke geprüft werde und indem der Wanderweg einen Abstand von möglichst 15 m zum Ufer einhalte. Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass im Wettbewerb Hinweise auf die ökologische Bedeutung der Okerböschung, auf schützenswerte Vegetation usw. gegeben werden. Er verweist auf die interdisziplinäre Zusammensetzung des Auswahlgremiums mit Expert\*innen aus Städtebau und Landschaftsplanung. Der Standort für die Brücke sei ein Bestandteil des Bebauungsplanes zum Wallring. Die Umsetzung sei diskutabel und abzuwägen. Eine Vorrichtung, damit Kinder nicht in die Oker fallen, werde geschaffen. Ratsherr Mehmeti macht Anmerkungen zur Wegeführung und regt an, sich auf eine Fußgängerbrücke zu beschränken.

Ratsherr Jonas regt wettergeschützte Elektroladestationen für E-Bikes im Umfeld an. Stadtbaudirektor Leuer sagt einen entsprechenden Hinweis in den Auslobungsunterlagen zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **3.5.1. Bebauungsplan AP 25 Holwedestraße Wettbewerbsverfahren**

**21-16685-01**

*Auf die Protokollierung unter TOP 3.5 / Mitteilung 21-16685 wird verwiesen.*

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Protokollnotiz: Ratsherr Knurr verlässt die Sitzung um 16:58 Uhr.*

Die Sitzung wird von 16:58 Uhr bis 17:08 Uhr unterbrochen.

Von 17:08 Uhr bis 17:23 Uhr findet eine **Einwohnerfragestunde** mit drei Einwohnerfragen zum Thema Bebauungsplan AP 25 Holwedestraße statt. Gefragt wird zur Planung eines Wohn- und Quartiersprojektes im Hauptgebäude Holwedestraße 16, zur Aufstellung des Preisgerichts und zum Schutz der Grünfläche zwischen Holwedestraße 16 und der Oker.

## **4. Anträge**

### **4.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Otto-von-Guericke-Straße 1      21-17408**

Die antragstellenden Fraktionen begehren ein Zurückstellen. Auf eine Aussprache wird verzichtet. Es bestehe die Erwartungshaltung, in etwa 12 Wochen eine Sachstandsmitteilung zu erhalten.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Investor für das Gebäude "Otto-von-Guericke-Straße 1" einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu erstellen mit dem Ziel, an dieser Stelle ein Wohngebäude mit etwa 62 Wohnungen zu ermöglichen.

Die Kosten für das Verfahren des vorhabenbezogenen B-Plans und eventuell erforderliche Gutachten gehen, wie bereits durch den Investor angekündigt, zu dessen Lasten.

**Der Antrag wird für die gesamte Gremienschiene zurückgestellt, bis ein Schallgutachten für das Vorhaben erstellt ist und eine Abstimmung zur weiteren Vorgehensweise zwischen Verwaltung und Investor stattgefunden hat.**

#### **Abstimmungsergebnis zum Zurückstellen:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

## **4.2. Entwendung radioaktiven Materials von den atomverarbeitenden Betrieben in Thune**

**21-17191**

Wie in der Stellungnahme 21-17191-01 zugesagt, werden die Gremien und die Öffentlichkeit über neue Erkenntnisse, insbesondere über Auskünfte des MU, zeitnah informiert. Ratsherr Dr. Piest möchte zunächst den Antrag zurückstellen und zieht diesen Antrag zur Geschäftsordnung später wieder zurück. Er erklärt im Namen der BIBS-Fraktion das Einverständnis, auf eine Abstimmung zum originären Antrag zu verzichten und über einen geänderten Bechlussvorschlag abzustimmen.

### **Beschluss (geändert):**

In Verantwortung für die Sicherheit der BürgerInnen fordert der Rat die Verwaltung auf:

1. nach kompletter und schnellstmöglicher Aufklärung des Falles **durch das zuständige Umweltministerium** einen Bericht über den Vorfall einzufordern und zu veröffentlichen,
2. sich für die lückenlose, unabhängige Überprüfung aller vorhandenen Inventaraufzeichnungen bzw. Aktivitätsbilanzen **durch das zuständige Umweltministerium** einzusetzen, um eventuelle weitere ungeklärte Abgänge radioaktiven Materials auszuschließen,
3. sich für die unabhängige und gründliche Überprüfung sämtlicher Sicherheitsvorkehrungen bei der Firma Eckert & Ziegler **durch das zuständige Umweltministerium** und deren tatsächlicher Umsetzung einzusetzen; dazu gehört auch der Umgang mit den MitarbeiterInnen;
4. eine Klärung zu veranlassen, ob der Mitarbeiter Material an weitere Menschen verteilt hat.

### **Abstimmungsergebnis (getrennte Abstimmung):**

<b>Zu 1.:</b>	Dafür: 8	Dagegen: 0	Enthaltung: 1	Angenommen.
<b>Zu 2.:</b>	Dafür: 8	Dagegen: 0	Enthaltung: 1	Angenommen.
<b>Zu 3.:</b>	Dafür: 8	Dagegen: 0	Enthaltung: 1	Angenommen.
<b>Zu 4.:</b>	Dafür: 0	Dagegen: 8	Enthaltung: 1	Abgelehnt.

## **4.2.1. Entwendung radioaktiven Materials von den atomverarbeitenden Betrieben in Thune** **21-17191-01**

Auf die Protokollierung zu TOP 4.2 / Antrag 21-17191 wird verwiesen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **5. Grundschule Melverode** **21-17374** **Herstellung einer Ganztagsinfrastruktur mit anschließender Schulsanierung** **Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Frau Kraatz hält die sog. Risikokosten (Steigerung um 4,11 % jährlich, siehe Anlage 1) u. a. aufgrund Baustoffknappheit und -kostensteigerung als zu gering angesetzt. Herr Franke geht auf diesen Hinweis ein. Bei Kostenerhöhungen von mehr als 5 % Prozent findet eine erneute politische Beteiligung statt. Herr Franke begründet auf Nachfrage das Aufbringen einer dünnen Dämmung und einer Photovoltaik-Folie mit der bereits ausgeschöpften Reserve der Gebäudestatik. Problematiken rund den sommerlichen Wärmeschutz in der Außenfassaden und die Gebäudetechnik, insbesondere automatisch hoch- und runterfahrende Raffstoreanlagen, werden berücksichtigt.

### **Beschluss:**

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 30.11.2021 zugestimmt. Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referates Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 18.11.2021 auf 15.075.000 € festgestellt.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

## **6. Sanierung/Erweiterung des Gemeinschaftshauses Rautheim;** **21-17027** **Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Herr Franke erläutert auf Frage des Ratsherrn Dr. Piest, dass die Dachkonstruktion untersucht werde, um zu ermitteln, inwieweit das Aufbringen von Photovoltaik möglich und sinnvoll sei. Er kündigt an, die politischen Gremien über das Ergebnis zu informieren.

### **Beschluss:**

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 28.09.2021 zugestimmt. Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referates Hochbau - und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes werden aufgrund der Kostenberechnung vom 28.09.2021 auf 992.000 € festgestellt.“

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**7. Neubau Sportfunktionsgebäude für den VFL Leiferde  
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

**21-17378**

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

**Beschluss:**

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 03.09.2021 zugestimmt. Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referates Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 22.11.2021 auf 1.038.000 € festgestellt.“

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**8. Ausbau von Photovoltaikanlagen auf städtischen und privaten  
Dächern - Ausgestaltung einer Genossenschaft zur Förderung  
regenerativer Energien**

**21-17389**

Stadtrat Herlitschke und Herr van de Loo erläutern das Vorhaben und beantworten Fragen und Anmerkungen der Ausschussmitglieder Kraatz, Röver, Mundlos und Jonas. Dabei geht es u. a. um rechtliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene und Wirtschaftlichkeit (Entwicklung der Betriebskosten, Reinvestitionen, Abstimmungen zur Ausschüttung eventueller Gewinne durch Generalversammlung in jährlicher Abstimmung). Ziel sei, dass die Gesellschaft wirtschaftlich arbeite. Anstatt Gewinnmaximierung stehe CO2-Minderung im Mittelpunkt. Neben Marketingaspekten und restriktiver werdender rechtlicher Vorgaben liegen wirtschaftliche Anreize für das genossenschaftliche Engagement darin, für den Eigenverbrauch Energiepreise unter Marktniveau zu erzielen. Neben Photovoltaik werden mittelfristig weitere Techniken und Verfahren zur Gewinnung regenerativer Energien in Betracht gezogen.

*Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld verlässt die Sitzung um 17:35 Uhr.*

**Beschluss:**

- „1. Der Beteiligung der Stadt Braunschweig an einer zu gründenden Genossenschaft für die Projektierung und Umsetzung von Photovoltaikanlagen wird zugestimmt.
2. Zu diesem Zweck beteiligt sich die Stadt mit 100.000 € (200 Anteile à 500 €) an der Genossenschaft. Jedenfalls in der Anlauf- bzw. Stabilisierungsphase erhält die Stadt ein Mehrfachstimmrecht in der Generalversammlung.
3. Der als Anlage 1 beigefügten Struktur, wirtschaftlichen und rechtlichen Betrachtung der Genossenschaft wird zugestimmt.
4. Dem als Anlage 2 beigefügten Entwurf einer Satzung der Genossenschaft wird zugestimmt.
5. Die Rechte der Stadt bei der Gründung der Genossenschaft sowie in der Generalversammlung der Genossenschaft wird

Herr Technischer Beschäftigter Wilhelm Eckermann

(Wahl gem. § 67 NKomVG)

wahrnehmen.

6. Mit dem Zeitpunkt der Gründung der Genossenschaft wird

Herr Stadtrat Holger Herlitschke

(Beschluss gem. § 66 NKomVG)

in den Aufsichtsrat entsandt.

7. Der Vertreter der Stadt in der Generalversammlung der Genossenschaft wird angewiesen, alle Maßnahmen zu ergreifen,  
Herrn Ratsherrn Detlef Kühn  
(SPD-Fraktion),

Frau Ratsfrau Antoinette von Gronefeld

(CDU-Fraktion) und

Herr Ratsherrn Gordon Schnepel

(Fraktion Bündnis 90 - Die Grünen)

von der Generalversammlung zu Aufsichtsratsmitgliedern der Genossenschaft wählen zu lassen.

8. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Gründung der Genossenschaft notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und das vor der Gründung erforderliche Anzeigeverfahren beim Nds. Ministerium für Inneres und Sport als zuständiger Kommunalaufsichtsbehörde durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**9. Beteiligung der Stadt Braunschweig am Förderprogramm "Perspektive Innenstadt!"**

**21-17115**

Stadtbaudrat Leuer trägt zu Belangen des Dezernates III vor. *Die Präsentation ist protokollarisch im Bürgerinformationssystem unter TOP 9 einsehbar.* Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt die Beantragung von Fördermitteln aus dem niedersächsischen Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Sofortprogramm auf der Grundlage der im Begründungstext und in den Anlagen aufgeführten Projekten mit einem Projektvolumen von 2,0 Mio. € umzusetzen.
3. Zur Projektumsetzung werden im Jahr 2021 außerplanmäßig Mittel i. H. v. 1.810.000 € mit der aufgezeigten Deckung zur Verfügung gestellt. Mit einem bereits im Haushalt 2021 eingeplanten Betrag von 190.000 € wird das Projekt 4E.000002 - Begrünung des Schlossplatzes - Bestandteil des Gesamtprojektes.
4. Der Rat beschließt ausschließlich zur Durchführung des Sofortprogramms „Perspektive Innenstadt“ eine Ausnahmeregelung von der im § 6 der Haushaltssatzung festgelegten Wertgrenze von 100.000 €, um eine Zuordnung der Haushaltssmittel auf Einzelprojekte ohne weitere Gremienbeteiligung vornehmen zu können.

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**10. 157. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Klinikum Salzdahlumer Straße"; Stadtgebiet zwischen Berufsbildenden Schulen "Heinrich-Büssing", dem Golfplatz sowie den Kleingartenanlagen "Lindenberg I" und "Südstadt"**

**Auslegungsbeschluss**

**21-17234**

*TOP 10 und 11 werden zusammengefasst beraten.* Herr Schmidbauer stellt von 18:41 Uhr bis 18:54 Uhr die Planungen vor. *Die Präsentation ist protokollarisch nichtöffentlich im Ratsinformationssystem unter TOP 10 einsehbar.* Stadtbaudrat Leuer, Herr Schmidbauer und Herr Prem gehen auf Fragen und Anmerkungen der Ratsmitglieder Mundlos, Dr. Piest, Jonas und Kühn ein. Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung hat am 26.07.2018 die Entscheidung zur Errichtung der Zentralklinik getroffen. Der Plan, in dem der Masterplan des Klinikums in den Lageplan mit Geltungsbereich des Bebauungsplans montiert wurde, ist in der Vorlage 20-12675-01 zum Aufstellungsbeschluss enthalten. Die Darstellungen des Masterplans bzw. „...die für die Konzentration der Funktionen erforderlichen Gebäude im angestrebten Endausbau ...“ wurden in das Nutzungsbeispiel zum Bebauungsplan (Anlage 2 zur Vorlage 21-17233) übernommen. Herr Prem führt zur Historie und zu Perspektiven und Zukunftsüberlegungen des Klinikums weiter aus. Der Zeitraum der fertigen Ablaufplanung erstrecke sich bestenfalls von 2017 bis 2037. Die Antragsstellung für den Gebäudeteil West der Zentralklinik sei geplant für 2026/2027, die Inbetriebnahme für 2036. Der Förderprozentsatz sei noch offen. Die finanzielle Förderung durch das Ministerium als Coinvestor werde im Wesentlichen gesondert je Bauprojekt genehmigt.

Stadtbaurat Leuer erklärt, hiermit einen Bebauungsplan zu schaffen, der so flexibel sei, dass mögliche Entwicklungen in den nächsten Jahren mitabgebildet werden sollen. Fragen zur Zielrichtung Klimaneutralität, zum Landschaftsbild und der Fällung von Bäumen, zu Dachbegrünungen und Photovoltaik (hier: Begrünung von 80 % der neuen Dachflächen zuzüglich Bewässerung und Photovoltaik, Nachrüstung generalsanierter Bestandsgebäude ange- dacht), zu Fahrradabstellplätzen (hier: ca. 1.000, auch überdacht, mit Schließfächern und mit E-Ladestationen, 300 überdachte Abstellplätze in Hochgarage bereits in Betrieb, weitere 300 im Büro- und Ärztezentrum und 300 im nördlichen Dienstleistungszentrum geplant) und zu Ausgleichsflächen und deren Entwicklungspflege (hier: 3 Jahre, anschließendes Monitoring), zum technischen und personellen Gebäudemanagement (hier: keine Betreibergesellschaft, externes Bauprojektmanagement) und zur verkehrlichen Erschließung (hier: Leistungsfähigkeit laut Verkehrsgutachten gegeben) werden von Herrn Prem und Herrn Schmidbauer beantwortet. Die Fortschrittsplanung sehe im nächsten Schritt Arbeiten am nördlichen Dienstleistungszentrum vor. Hierbei werde Bauplatz geschaffen für den Neubau Nord, zuletzt komme der Neubau West.

Herr Prem sagt fortlaufende Informationen für Verwaltung und Politik zu.

## **Beschluss:**

1. Dem Entwurf der 157. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
  2. Der Entwurf der 157. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung mit Umweltbericht sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

## **11. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Klinikum Salzdahlumer Straße", AW 119**

21-17233

**Stadtgebiet zwischen der Berufsbildenden Schule "Heinrich-Büssing", dem Golfplatz und den Kleingartenanlagen "Lindenberg I" und "Südstadt"  
Auslegungsbeschluss**

Wortbeiträge siehe Protokollierung unter TOP 10 / 21-17234.

## Beschluss:

"Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Klinikum Salzdahlumer Straße“, AW 119, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen."

## **Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

## **12. Bebauungsplan "Volkmaroder Straße", GL 45**

21-17019

## **Stadtgebiet zwischen Bevenroder Straße, Pappelberg und Dibbesdorfer Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Ergänzendes Verfahren gemäß § 214 (4) BauGB**

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

## Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 5 und Nr. 6 zu behandeln.
  2. Der Bebauungsplan „Volkmaroder Straße“, GL 45, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
  3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
  4. Der Bebauungsplan „Volkmaroder Straße“, GL 45, wird rückwirkend zum 03.08.2007 in Kraft gesetzt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 8      Dagegen: 0      Enthaltung: 1

- 13. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Einrichtung und Zusammensetzung des Sanierungsbeirats 2021 bis 2026**      21-17173

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

*Beschlussfassung siehe Ergänzungsvorlage 21-17173-02 / TOP 13.1.*

- 13.1. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Einrichtung und Zusammensetzung des Sanierungsbeirats 2021 bis 2026**      21-17173-02

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

**Beschluss:**

„Für die laufende Wahlperiode des Rates wird nach vier Wahlperioden 2001 bis 2021 erneut ein Sanierungsbeirat für das Sanierungsgebiet „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet“ eingerichtet.

Die Zusammensetzung des Sanierungsbeirats erfolgt wie bisher aus sechs Rats- oder Bezirksratsmitgliedern des Stadtbezirksrats 310 und sechs Bürgerinnen und Bürgern aus dem Sanierungsgebiet (in seiner ursprünglichen Größe). Die Sitze der sechs Vertreterinnen und Vertreter aus Rat und Bezirksrat verteilen sich entsprechend der Größe der Fraktionen und Gruppen im Stadtbezirksrat 310.“

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 9      Dagegen: 0      Enthaltungen: 0

**14. Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

gez. Kühn

gez. Leuer

gez. Matoš

---

Ausschussvorsitz  
Kühn

Stadtbaurat  
Leuer

Geschäftsführung  
Matoš